



Nach der allgemeinen Vorstellung der Teilnehmer stellte ich den Antrag für eine zum Ende der Veranstaltung gemeinsame Pressekonferenz, bei der unter Anwesenheit aller Teilnehmer das Ergebnis des Runden Tisches durch Herrn Kramer mitgeteilt werden sollte. Das wurde allerdings von Herrn Kramer verworfen, so dass am Ende der Veranstaltung sich PNN und MAZ auf verschiedene **Teilnehmer „stürzten“ und so ein „vielfältiges“** Bild in der Presse entstand.

Mit dem Antrag wollten wir auch Öffentlichkeit und Transparenz der Gespräche sicherstellen.

Kramer erklärte dann, dass 3 ihm vorliegende Vorschläge diskutiert werden sollten, um am Ende zu einem Ergebnis zu kommen, wie es mit dem Synagogenneubau weitergehen sollte:

1. Haberland-Entwurf (Verschiedene Schnitte und Ansichten hingen an der Wand)
2. Joffe-Entwurf (Ursprünglicher Entwurf auf der Basis des Haberland-Entwurfs mit Vergrößerung Gebetsaal und Verschiebung in den ersten Stock, nur Grundrisse, keine Außenansicht, ebenfalls aufgehängt an der Wand)
3. Neuer Vorschlag Joffe mit verteilten Standorten nach Funktionalität von Synagoge und Gemeindezentrum und Verkleinerung des Gebäudes in der Schloßstraße durch Reduzierung auf drei grundsätzliche Elemente: Synagoge (Gebetssaal), Veranstaltungsraum und Mikwe (der Vorschlag lag bis dahin nur Kramer vor, allen anderen war er unbekannt, dazu später mehr)

Grundsätzlich schlug Kramer vor, sich in der Gesprächsrunde an dem Haberland-Entwurf zu orientieren, zu sehen, ob Modifikationen möglich sind und Ziel sei, ob man sich auf einen Kompromiss zum Haberland-Entwurf einigen kann oder nicht.

Kramer bat dann die Teilnehmer um ihre Stellungnahme mit einer Begrenzung von 5 Min.

Genkin:

Der Vorstandsvorsitzende der JG erklärte den Haberland-Entwurf uneingeschränkt für seine Gemeinde für richtig und verwies auf eine Unterschriftenliste von 150 Gemeindemitgliedern, die sich für den Haberland-Entwurf ausgesprochen haben.



Joffe:

Er machte erst einmal deutlich, dass die Entwicklung sich durch die Diskussionen der letzten Wochen (Bauverein Verweigerung Mitgliedschaft, Gründungen Synagogengemeinde und Synagogen-Förderverein) grundsätzlich verändert hat, dass eine Orientierung am Haberland-Entwurf nicht mehr möglich ist. Inzwischen sei der damalige Planungsstand bereits von der Realität überholt. Heute würden z.B. doppelt so viel Juden an den Feiern teilnehmen wie früher. Die würden nie in dieses Projekt reinpassen, um zu fragen: „Was machen wir dann? Schicken wir sie nach Hause?“

Entscheidend sei, dass sich gezeigt habe, dass sich in der jüdischen Gemeinschaft in Potsdam mit den beiden Gemeinden unterschiedliche Auffassungen über das jüdische Gemeindeleben und damit auch der Nutzung der Synagoge ergeben haben, die es erforderlich machen würden, erst einmal ein gemeinsames Nutzer- und Betreiberkonzept zwischen den JG und SG zu finden. Das sei bisher gescheitert, wegen mangelnder Gesprächsbereitschaft von JG und BV. Ziel sei es aber, wieder eine Integration der beiden Potsdamer Gemeinden zu erreichen.

Röske:

Sie erinnerte daran, dass mehrere Gespräche, u. a. auch beim Ministerpräsidenten geführt worden sind, sie aber den Eindruck habe, dass die SGP gar keine Zusammenarbeit wolle, sondern einen eigenen Weg mit eigener Synagoge gehen wolle. Außerdem verstehe sie nicht, dass nicht alle orthodoxen Juden in dieser Synagogen beten könnten, wo doch der Haberland-Entwurf mehrfach in dieser Hinsicht von Rabbinern überprüft worden sei.

Zimmermann:

Ich habe erst einmal auf das breite Bürgerengagement für eine Synagoge in Potsdam hingewiesen, dass auch in dem schnellen Wachstum des SF mit heute 140 Mitgliedern, davon alleine 120 Nicht-Juden, mehr als deutlich wird. Auch wir hätten am Anfang versucht eine Kompromisslösung durch Änderungen am Haberland-Entwurf zu erreichen.

Wir mussten dann aber auch erkennen, wie heute auch Haberland sagt, dass hier zwei unvereinbare Auffassungen über die Architektur der Synagoge gegenüberstehen. Wir wollen eine Architektur, die ein sakrales Gebäude, eine Synagoge, nach außen erkennbar macht. Haberland vertritt eine Auffassung, dass es keine bautypische Synagogenarchitektur gibt. Wir würden das so interpretieren, dass seine Synagoge auch wie ein Bürogebäude aussehen kann. Das lehnen wir ab und verweisen auf zwei Beispiele, die in der Architektursprache ihrer Zeit für uns klar und unzweifelhaft auch als Synagoge erkennbar sind:



Die alte Potsdamer Synagoge am Wilhelmsplatz und die Berliner Synagoge in der Oranienburger Straße. Beides auch Beispiele von Synagogen in Häuserzeilen, wie in der Schloßstraße und keine Solitäre, wie sonst üblich.

Wir fragen weiter, was damals für Architekten möglich war, müsste doch auch für heutige Architekten möglich sein!

Ich habe dann ausgeführt, dass wir zwar auch aus der Bürgerinitiative Mitteschön kommend, zuerst über die Architektur Kritik an dem Haberland-Entwurf geübt haben, aber dann erkannt haben, dass es einen Hauptkritikpunkt gibt. Es fehlt ein zwischen der JG und der SGP abgestimmtes Nutzer-, Betreiber- und auch Finanzierungskonzept für das Vorhaben.

Wir fordern deshalb, bevor über Architektur gesprochen wird, dass eine Einigung zur Nutzung der Synagoge zwischen den beiden jüdischen Gemeinden erreicht wird und zwar diskutiert und beschlossen auf der Ratsversammlung des Landesverbandes am 23.6.2011. Wir fordern weiterhin eine Verlängerung des Moratoriums bis mindestens Ende Juni.

Wie wehren uns gegen die Behauptungen, dass eine Verzögerung des Synagogenbaus zum endgültigen Scheitern des Vorhabens führt und das Ganze nur unnötig teurer macht. Das Gegenteil ist der Fall. Eine Synagoge, die auf einem falschen und von der Entwicklung des jüdischen Gemeindelebens überholten Nutzungs- und Betreiberkonzept gebaut wird, kann in den Folgejahren zu einer finanziellen Belastung werden. Beispiele dafür gibt es genug.

Rietdorf-Barmeyer:

Er verwies auch noch einmal darauf, dass sich die Vorgaben für die Synagoge erheblich verändert haben, es kein abgestimmtes Nutzer- und Betreiberkonzept gäbe und die JG auf Vorschläge nicht reagiert habe.

Eschenburg:

Er schlug vor, nicht Gegensätze zu diskutieren, sondern sich auf die Suche von Gemeinsamkeiten zu machen. Am Beispiel der langjährigen Entwicklung des Hans-Otto-Theaters erläuterte er anhand eigener Erfahrungen, dass es manchmal besser ist, sich Zeit zu lassen, über Projekte auch konträr zu verhandeln, aber letzten Endes dann zu einem Ergebnis zu kommen, auf das alle stolz sein können.



Kogan:

Er verwies darauf, dass es seit den 90er Jahren schon mehrere Synagogenprojekte gegeben habe und man auch schon in der Vergangenheit Rückzieher machen müssen.

Auch er mahnte als Voraussetzung für den Synagogenbau ein abgestimmtes Nutzer- und Betreiberkonzept an und verwies auf die Zuständigkeit des LV durch den Staatsvertrag mit dem Land Brandenburg.

Schüler:

Er wies daraufhin, dass das Bürgerengagement nicht nur auf den SF beschränkt sei, sondern der BV seit sechs Jahren durch sein Engagement, das Projekt überhaupt möglich gemacht habe. Er habe vielmehr den Eindruck aus den bisherigen Redebeiträgen, dass die andere Seite ein ganz neues, anders Projekt haben wolle.

Für ihn sei, im Gegensatz zu SF und Mitteschön, der Entwurf als Synagoge erkennbar und er sehe auch keine Notwendigkeit für bautypische Synagogenarchitektur. Wenn der Haberland-Entwurf jetzt nicht realisiert würde, würde es seiner Ansicht nach auf lange Zeit überhaupt keine Synagoge geben. Andere Lösungsansätze als den Haberland-Entwurf sehe er nicht.

Gorholt:

Er bejahte die Frage von Kramer, **dass die 5,0 Mio. € für die Synagoge** zweckgebunden seien und nach seiner Meinung nach auch an den Haberland-Entwurf. Dennoch sei auch das Land interessiert, dass es eine Einigung zwischen der JG und der SGP zur Nutzung der Synagoge geben solle. Das Land wäre aber sehr daran interessiert eine Kompromisslösung auf der Geschäftsgrundlage des Haberland-Entwurfes zu finden. Über die Finanzierung des Betriebes der Synagoge brauche man sich keine Sorgen zu machen.

Nach Auffassung des Landes sei die Synagoge nur für die Potsdamer Juden und damit nicht Sache des LV.

Sandler:

Sie wunderte sich, dass die Synagoge auf einmal nur für die Potsdamer Juden sein sollte und fragte was dann für die anderen jüdischen Gemeinden gedacht sei. Für alle Juden in Brandenburg und für die Zukunft jüdischen Lebens im Land sei es wichtig eine Synagoge zu haben und **nicht nur eine Synagoge und Gemeindezentrum für 5,0 Mio. € nur für die** JG. Gemeindezentrum gehöre in die Gemeinde und kann und sollte dezentral sein. Nicht so eine Synagoge, eine Landessynagoge.



Sie finde den Entwurf schrecklich und er sei für sie keine Synagoge und das sei auch die einheitliche Meinung der Vertreter der übrigen sechs jüdischen Gemeinden im LV.

Joffe:

Er hob noch einmal die Bedeutung einer würdevollen Synagoge für die Weiterentwicklung und Zukunft jüdischen Lebens in Brandenburg hervor und stellte dann in Grundzügen sein **Lösungsvorschlag für das „Jüdische Projekt Potsdam“** mit verteilten Standorten nach Funktionalität vor.

Röske:

Sie sprach erst einmal von Verletzungen durch Äußerungen und Verhalten von Joffe und SF, um dann zu erklären, dass der Haberland-Entwurf ebenfalls die drei Grundelemente Synagoge, Veranstaltungsraum und Mikwe enthalte.

Sie fragte nach Finanzierungszusagen für Joffes Vorschlag und behauptete dann weiter, das jetzige Nutzerkonzept der JG wäre zukunftsweisend und über kulturelle Veranstaltungen in der Synagoge könne man keine Juden für Potsdam gewinnen.

Sie meinte dann, wir (SF) würden die Rekonstruktion einer historischen Synagoge und keine moderne Architektur haben wollen.

Kadegis:

Sie verwies auf das Rechtsstaatsprinzip, das bei der Vergabe von öffentlichen Mitteln die Gleichbehandlung von Religionsgesellschaften fordere, um zu verdeutlichen, dass bei einer Nichteinigung zum Haberland-Entwurf unter den jüdischen Gemeinden das Risiko für das Land bestehe, dass dann jede jüdische Gemeinde eine Synagoge fordern könne, wie es schon heute die Gesetzestreuen in Potsdam vor Gericht erstreiten wollen.

Der Staat sei in diesem grundrechtlich sensiblen Bereich bei der Förderung von Religionsgesellschaften in besonderem Maße zur Neutralität verpflichtet und dürfe bestimmte Religionsgesellschaften nicht privilegieren.

Ein Verhältnis von 400 Mitgliedern JG und 100 Mitglieder SGP rechtfertige nicht, dass die JG eine Synagoge für **5,0 Mio. € bekommt und die andere nichts**. Das Land könne die Wirkung der geplanten Mittel maximieren, wenn es auf eine Einigung zwischen den Gemeinden hinwirke.



Gorholt:

Er antwortet direkt darauf, dass man das mehrfach überprüft habe und glaube rechtlich abgesichert zu sein, wenn man den Haberland-Entwurf baue. Man wisse aber auch, dass es sicherlich ein Risiko sei.

Sandler:

Sie trug die Problematik für ältere Gemeindemitglieder mit dem Gebetsaal im 2. Stock vor, worauf entgegnet wurde es gäbe einen Schabbataufzug. Daraufhin erhob sich eine heftige Diskussion zwischen den jüdischen Gemeindevertreter, Rabbiner und Kramer, die ohne Einigung endete.

Zimmermann:

Ich habe nochmals darum gebeten, das Moratorium zu verlängern, einem Einigungsprozess zwischen JG und SGP eine Chance zu geben und die Ratsversammlung des LV am 23.6.2011 abzuwarten.

Kramer:

Er sprach von einem LV, der sich angeblich in Auflösung befinde und stellte die Frage, inwieweit eine weitere Verzögerung des Baubeginns das Projekt insgesamt gefährden würde, um dann Haberland wegen der bisher aufgelaufenen Kosten zu fragen.

Haberland:

Bisher seien **Planungskosten bei einer Investitionssumme von 5,9 Mio. € brutto von über 1,0 Mio. € einschließlich der Kosten der Verwaltung** (BLB Brandenburgische Landesbetrieb für Bauen und Immobilien), d.h. von 15% bis 18% als Baunebenkosten angefallen. Bei Neuausschreibung **des Projektes wären die 1,0 Mio. € verloren**. Man bewege sich im Bereich öffentlichen Bauens und jede Veränderung im Bau würde zu erheblichen Zeitverzögerungen führen.

Schüler:

Das Land wollte von Anfang an diese Synagoge für alle Gemeinden in Potsdam bauen, deshalb wurde der BV gegründet. Wenn das nicht mehr möglich ist, weil sich die Gemeinden nicht einigen können, dann würde das Land keine Synagoge mehr bauen.

Genkin:

Er verwies auf den Anfang der Synagogendiskussion, als es nur eine Gemeinde in Potsdam gab. Dafür sei sie konzipiert und sie sei für alle Juden offen, so stehe es auch in der Satzung von Bauverein. Jetzt käme Joffe mit seinen Mitstreitern und stelle alles in Frage.



Man habe 20 Jahre gewartet und für ihn sei der Spatz in der Hand besser als die Taube auf dem Dach. Ein Baustopp würde dazu führen dass die 1,0 Mio. € verloren sein würden und ein anderes Projekt, dass man noch einmal 20 Jahre warten müsse. Das würden die meisten Mitglieder seiner Gemeinde nicht mehr erleben.

Kutikov:

Er meinte, die ganze Zeit würde nur geredet was SGP, SF und Mitteschön wollen. Keiner frage was die JG wolle. Man nehme keine Rücksicht auf ihre Meinung und Wünsche. Dem wurde allerdings entgegnet, sie sollten ihre Gegenvorschläge doch machen.

Eschenburg:

Er plädierte nochmals für die Suche nach Gemeinsamkeiten und vertrat auch die Meinung von Kramer, dass zuerst der Streit zwischen den Gemeinden beigelegt werden müsse. Auch er sah erfreulicherweise erste „Lichtblitze“ in der Kommunikation untereinander. Er und Kramer forderten dann Joffe auf, seine dritte Variante als Kompromisslösung vorzustellen.

Joffe:

Er stellte seinen Lösungsvorschlag „Jüdisches Projekt Potsdam“ mit nach Standorten getrennter Funktionalität von Synagoge und Gemeindezentrum vor:

1. Begründung:

Da das Grundstück in der Schloßstraße 1 viel zu klein ist, um die verschiedenen erwünschten Aspekte des jüdischen Lebens zu bedienen und dabei auch ein wirtschaftlich tragbares Konzept zu ermöglichen, wird ein geteilte Lösung gesucht.

2. Element 1

Am Standort Schloßstraße 1

Das repräsentative Objekt, mit jüdischer und sakraler Ausstrahlung in moderner Architektur. Ein architektonischer Gewinn für die Stadtmitte mit hoher Relevanz für die breite Öffentlichkeit, Potsdamer und Besucher. Platz für jüdische Religionsausübung, jüdische Kultur, größere Veranstaltungen und jüdische Feste, sowie deutsch-jüdischen Austausch.

Beschränkung auf drei Grundelemente: Synagoge (Gebetssaal), Veranstaltungssaal, Mikwe, die alle orthodoxen Juden akzeptieren könnten. Dazu die minimal nötigen Nebenräume für diese Funktionen.



3. Bemerkungen:

Die Synagoge soll multifunktional gestaltet werden um auch das Feiern der Feste zu ermöglichen (Gesamt Gebäude soll min. 250 Tischplätze für Feiernde ermöglichen).

Der Veranstaltungssaal soll zum Teil als Café oder koschere Cafeteria/Restaurant funktionieren können und weiterhin zur Vermietungen attraktiv sein, um neben Eigenbedarf auch wirtschaftlich zu Unterhaltungskosten der Gebäude beizutragen. Auch der Verkauf von Grundbedarf an koscheren Lebensmitteln (Milch, Brot, Käse) kann für die Identitätsstärkung betrieben werden.

Ein Touristen-Shop solle ebenfalls realisiert werden. Verkauf von Judaika, jüdischer Literatur und Potsdamer Souvenirs kann ebenfalls als Einnahmequelle dienen.

Eine Mikwe im Kellergeschoß, soll als Wellness- und Fitnessbereich gestaltet werden und damit auch zum Gemeindeaufbau beitragen.

4. Element 2

An einem anderen Standort könnte ein funktionales Objekt, mit Platz für Verwaltungszentrum, Aktivitätsräumen, Bildung etc. gewählt werden. Hierzu passt jede Immobilie mit gutem Preis-Leistungsverhältnis. Kein besonderer Architekturstil. Je nach Konzept und Verständigung zwischen den aktiven Organisationen in Potsdam könnte man sich über Nutzungskonzept und Strategien verständigen. Eine größere Nutzfläche ermögliche die Teilvermietung als Einnahmequelle.

5. Realisierung

Die Realisierung eines derartigen Objekts könnte durch Kauf oder Anmietung erfolgen und mache eine Finanzierung im Rahmen des geplanten Budgets zuzüglich privater Gelder möglich.

Die Realisierung könnte bis November 2013 erfolgen.

Anschließend verteilte er an alle Teilnehmer eine Unterlage zu der Alternativ zur Durchsicht und Überprüfung.

Er forderte nochmals Genkin und die JG bei dem „Jüdischen Projekt Potsdam“ auf zu kooperieren, seine ausgestreckte Hand zu ergreifen und Gespräche miteinander zu führen, um eine Einigung zu erreichen.

Genkin erwiderte, er sei zu Gesprächen bereit, unter der Bedingung, dass der Haberland-Entwurf gebaut würde.



Kramer:

Als Ergebnis der Gespräche stellte Kramer zum Schluss fest, dass es auf Basis des Haberland-Entwurfs keinen Kompromiss mehr geben könne.

Allerdings habe er den Eindruck, dass sich immerhin ein neuer "Kommunikationsfaden" zwischen Gegnern und Befürwortern abgezeichnet habe. Insofern hoffe er auch auf Gespräche und einen Kompromiss für die gemeinsame Nutzung der Synagoge durch die jüdischen Gemeinden.

Es stünden nun drei Alternativen zur Disposition, die das Land entscheiden müsse:

1. Die Baupläne könnten aufgegeben werden,
2. die Landesregierung könnte die Position der Befürworter unterstützen und den Bau nach bisherigen Planungen vorantreiben oder
3. die Baupläne würden zugunsten weiterer Gespräche aufgeschoben und einer anderen Synagoge, die die Zustimmung aller jüdischen Gemeinden und der Kritiker findet.

Ob weitere Schlichtungsgespräche zwischen den Befürwortern der Baupläne aus der JG und dem BV sowie den Gegnern aus der SGP und dem SF folgen sollen, sei noch offen. Damit wurde nach 2:40 Std. die Veranstaltung geschlossen

Wir hoffen Ihnen damit die notwendige Transparenz und Öffentlichkeit geschaffen zu haben und verbleiben im Namen des Synagogen-Fördervereins Potsdam e.V.

mit freundlichen Grüßen

Ulrich Zimmermann
Vorstandsvorsitzender

Anlagen Medienberichte

Anlagen Medien Infobrief 3

Potsdam TV <http://www.potsdamtv.de/Stadtleben/Synagogenbau-16648.html>

MAZ 30.05.2011

DISPUT: Schlichtung zur Synagoge

Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Potsdam: Kein Bau im Streit

POTSDAM / INNENSTADT - Ganz knapp vor dem Auslaufen des Vergabe-Moratoriums für den Synagogenbau am morgigen Dienstag soll heute das lange geplante Schlichtungsgespräch zwischen Befürwortern und Kritikern des Entwurfs von Architekt Jost Haberland stattfinden. „Ich habe die Kontrahenten in die Räume der Potsdamer Jüdischen Gemeinde eingeladen“, bestätigt der Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, Stephan Kramer, die von ihm moderierte nicht-öffentliche Runde. Zu ihrer Zusammensetzung wollte er sich nicht äußern. Bei dem Gespräch gehe es vor allem darum, „sachliche Kritik von Schaumschlägerei zu trennen“.

Bereits im Vorfeld richtet Kramer aber bereits eine Botschaft an die Landesregierung: kein Synagogenbau im Streit. „Nur mit möglichst großem Einvernehmen und breiter Legitimationsbasis kann man so ein Projekt zustande bringen“, fordert Kramer im MAZ-Gespräch. Er warne die Landesregierung davor, im Fall eines fortdauernden Konflikts zwischen den Kritikern und Befürwortern des Synagogen-Entwurfs „leichtfertig“ mit dem Bau-Projekt weiterzumachen – „in Anbetracht dessen, dass es möglicherweise legitime Ansprüche derjenigen gibt, die sich in dem vorhandenen Projekt nicht berücksichtigt fühlen“, argumentiert Kramer.

Sollte sich die Landesregierung darüber hinwegsetzen, „wäre das kein guter Stil“ und würde einen jahrelangen Streit in der Öffentlichkeit bedeuten. „Die Frage ist, ob dieser Preis nicht zu hoch ist“, warnt der Generalsekretär des Zentralrats der Juden: „Sollte es zu keiner Einigung kommen, kann ich der Landesregierung nur empfehlen, das Projekt nicht zu realisieren. Es kann nur mit den jüdischen Gemeinden und nicht gegen sie gelingen – man kann nicht mit dem Kopf durch die Wand.“ Der Ministerpräsident habe dafür Verständnis, so Kramers Eindruck nach Gesprächen mit Matthias Platzeck. Das Land ist Bauherr für die Synagoge.

Den Baustart um ein Jahr zu verschieben, wie es der Vorsitzende des Synagogen-Fördervereins Ulrich Zimmermann – ein massiver Kritiker des Haberland-Entwurfs – mehrfach vorgeschlagen hat, kommt für Kramer nicht infrage: „Dann ist das Projekt gescheitert.“ Immerhin handle es sich um Geld der brandenburgischen Steuerzahler. Für machbar hält er „geringfügige, für den Architekten vertretbare Änderungen“ am Entwurf. Haberland sei diesbezüglich „gesprächsbereit“, so die Einschätzung des Generalsekretärs. Nach außen hin gibt sich Kramer optimistisch hinsichtlich des Ausgangs der Schlichtung. Nachsatz: „Aber vielleicht muss es noch mehr Leidensdruck geben, bis sich alle zusammenraufen.“ (Von Ildiko Röd)

PNN 01.06.2011 von Guido Berg

Synagogenbau: Land trifft Entscheidung Kein Kompromiss zum Haberland-Entwurf

Innenstadt - Bis spät in die Nacht tagten am Montag die Kontrahenten im Potsdamer Synagogenstreit – ohne am Ende zu einem Kompromiss zu kommen. Es habe „Lichtschweife von Kommunikationsfähigkeit“ gegeben, konstatierte Mediator Stephan J. Kramer, Generalsekretär des Zentralrates der Juden in Deutschland, im Anschluss gegenüber den PNN. Sein Resümee: Auf Basis des Entwurfs des Berliner Architekten Jost Haberland sei ein Kompromiss nicht möglich. Die Konfliktparteien seien sich jedoch darin einig, dass es in Potsdam eine neue Synagoge geben solle. Brandenburgs Kulturstaatssekretär Martin Gorholt (SPD) kündigte an, „innerhalb einer Woche“ werde die Landesregierung in Abstimmung mit dem Zentralrat und dem Synagogenbauverein entscheiden, ob die Haberland-Synagoge gebaut werde oder nicht. Aus bautechnischen Gründen muss die Entscheidung zum Synagogenbau in Kürze fallen, um noch 2011 mit dem Bau beginnen zu können.

Falle die Entscheidung gegen Haberalands Entwurf, ist es, wie Gorholt sagte, „völlig offen, ob, wann und wie es eine Synagoge in Potsdam geben wird“. Nur eines sei sicher: Ohne vorherige Einigung der beiden Potsdamer Gemeinden – der Jüdischen Gemeinde und der Synagogengemeinde – werde es dann keinen Neuanlauf geben, erklärte der Staatssekretär. Kramer sagte, er wünsche sich eine Synagoge in Potsdam „mit größtmöglicher Akzeptanz, ohne aber jeder Minderheitenströmung Folge zu leisten“. Der Vorsitzende des Bauvereins, Peter Schüler (Bündnisgrüne) erklärte, er wünsche sich den Bau der Haberland-Synagoge – wenn es auch „einen heftigen Konflikt“ geben werde.

Kritiker des aus einem Wettbewerb als Sieger hervorgegangenen Haberland-Entwurfes werfen ihm eine zu bürolastige Innenaufteilung, einen zu kleinen Gebetsaal, geringe architektonische Attraktivität und eine mangelnde jüdische Ausstrahlung vor. Ud Joffe, Vorsitzender der im Verlauf des Synagogenstreites aus der Jüdischen Gemeinde hervorgegangenen Synagogengemeinde, erklärte, „Demokratie ist nicht die Diktatur der Mehrheit“. Durch die Debatten um die Synagoge sei „das Judentum in Potsdam erwacht“. Hätten sich vor einem Jahr noch 370 jüdische Potsdamer in die Jüdische Gemeinde aktiv eingebracht, sein es jetzt über 500 in beiden Gemeinden. Joffe: „Die Entwicklung hat den Planungsstand überholt.“ Früher, sagte Entwurfskritiker Christian Rüss, wurde für eine „überalterte, aussterbende Gemeinde“ geplant. Ulrich Zimmermann, Vorsitzender des Fördervereins für eine würdige Synagoge, erklärte, der Haberland-Entwurf sei „keine Synagoge, die sich die Potsdamer wünschen“. Für Pfingstmontag, den 13. Juni, lade der 135 Mitglieder zählende Förderverein von 14 bis 19 Uhr zu einem „fröhlichen Straßenfest“ vor die Synagogenbaustelle in der Schloßstraße ein. *Guido Berg*

Erschienen am 01.06.2011 auf Seite 09

PNN 01.06.2011 von Guido Berg

ATLAS Kein Happy End

Im Potsdamer Synagogenstreit zu entscheiden, ist etwas, um das die Landesregierung nicht zu beneiden ist. Jedoch hat sie das Dilemma selbst mitorganisiert. Nach der Ansiedlung von Juden im Land haben Brandenburgs Politiker nie das Interesse für ein Konzept zur Förderung jüdischen Lebens aufgebracht. Einzig mit der Förderung des Abraham-Geiger-Kollegs und des Moses-Mendelsohn-Zentrums erwarb es sich Meriten. Wissenschaftlicher Glanz ersetzt aber nicht jüdische Schulen, Krankenhäuser und Synagogen. Erst als die Kolleg-Absolventen als erste Rabbiner in Deutschland nach dem Holocaust in Dresden ordiniert wurden, weil es im Land Brandenburg keine Synagoge gibt, war das Interesse geweckt, aus Eigennutz. Fortan war dem Land an einer Alibi-Synagoge gelegen, es scherte sich aber wenig um die Details. Eine Synagoge für Potsdamer Juden soll es sein – egal, was die Juden in Bernau, Cottbus oder Oranienburg dazu sagen. Als Kritik am Raumprogramm für die Synagoge aufkam, machte das Land in Gestalt des früheren Bauvereinschefs und Ex-Staatssekretärs Horst Mentrup den Kardinalfehler und verweigerte Kritikern die Mitgliedschaft im Bauverein. So begann deren Institutionalisierung, Synagogengemeinde und Förderverein entstanden. Sie vor den Kopf zu stoßen ist eine Option, die das Land jetzt hat. Oder sie sagt den Synagogenbau ab und düpiert die Jüdische Gemeinde. Ein Happy End ist nicht in Sicht.

MAZ 01.06.2011

SYNAGOGE: Schlichtung gescheitert

Kein Konsens über Haberland-Entwurf / Konkurrenzgemeinde will eventuell eigene Synagoge

POTSDAM / INNENSTADT - Keine Einigung hat das Schlichtungsgespräch im Synagogenstreit gebracht. „Das Ergebnis ist, dass es auf Basis des Entwurfs von Architekt Jost Haberland keinen Kompromiss gibt“, sagte der Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, Stephan Kramer, nach dem mehrstündigen – teilweise emotional geführten – Gespräch mit etwa 20 Vertretern von Jüdischer Gemeinde, Synagogengemeinde, des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden sowie von Bauverein und vom Synagogen-Förderverein. Jüdische Gemeinde und Bauverein sprachen sich klar für den Haberland-Entwurf aus; Synagogengemeinde und Förderverein dagegen.

Damit geht die Entscheidungsfindung um die umstrittene Synagoge erneut in die Verlängerung, wie Kulturstaaatssekretär Martin Gorholt nach dem Treffen ankündigte: Innerhalb von einer Woche will die Landesregierung – im Konsens mit Bauverein und Zentralrat – entscheiden, „wie mit dem Haberland-Entwurf verfahren wird“, sagte Gorholt. Das Land ist Bauherr. Einen neuen Architekten-Wettbewerb schloss Gorholt auf längere Zeit und ohne vorausgegangene Einigung der beiden jüdischen Gemeinden aus. Sollte Haberalands Entwurf nicht realisiert werden, sei fraglich, „wer eine Synagoge bezahlt, wann sie entsteht und wie sie aussieht“, so Gorholt.

Generalsekretär Kramer warnte unter Anspielung auf die kleine Synagogengemeinde davor, jeder „Minderheitenstimme Gehör zu geben“. Die Jüdische Gemeinde sei mit „400 Mitgliedern plus Familien“ die stärkste jüdische Gruppierung Potsdams. „Es gibt eben demokratische Prozesse. Man kann nicht jedem Juden eine Synagoge bauen“, sagte Kramer.

Als „peinlich“ bezeichnete der Vorsitzende des Synagogen-Fördervereins, Ulrich Zimmermann, gestern im MAZ-Gespräch Kramers Mitgliederzahlenvergleiche. Gemeinsam mit seinem Stellvertreter Ud Joffe brachte Zimmermann am Montag einen neuen Vorschlag für den Bau ins Spiel: Die Synagoge könnte kostengünstiger ausfallen, wenn sie nur religiöse Räume beherbergen würde; Gemeinderäume sollten anderswo angemietet werden.

„Das hieße, alles neu anzufangen, inklusive neuem Landtagsbeschluss“, kritisiert Bauvereinsvorsitzender Peter Schüler. Allerdings sieht auch er die Chancen auf die Verwirklichung des Haberland-Entwurfs schwinden. Da das Land zur Neutralität in religiösen Angelegenheiten verpflichtet sei, könne es „nicht ohne gute Rechtfertigung eine Gemeinde begünstigen“, so Schüler: „Das Land steht vor der schwierigen Entscheidung, sich einer Klage auf Gleichbehandlung auszusetzen.“ In der Synagogengemeinde scheint man mit dem Gedanken schon zu spielen: „Wird die Haberland-Synagoge gebaut, wollen wir auch fünf Millionen für eine Synagoge“, so Rabbiner Nachum Presman. (Von Ildiko Röd)

Synagogenbau in Potsdam wieder völlig offen

Potsdam (epd). Der Bau einer neuen Synagoge für Potsdam ist offenbar wieder völlig offen. Bei einem Schlichtungsgespräch zwischen Gegnern und Befürwortern der 2009 beschlossenen Baupläne sei am Montagabend keine Einigung erzielt worden, sagte der Generalsekretär des Zentralrates der Juden, Stephan Kramer, dem epd am Dienstag in Potsdam. "Die Gräben sind klar." Nun müssten Landesregierung und Bauverein über das weitere Vorgehen entscheiden. Das Land will den rund fünf Millionen Euro teuren Synagogenbau finanzieren.

Am Dienstag lief ein zweimonatiges Baumatorium aus, das zur Lösung des Konflikts ausgerufen worden war. Kritiker halten den Architekten-Entwurf mit schlichter Fassade für unangemessen für ein sakrales Bauwerk und sehen Religionsvorschriften verletzt. Befürchtet wird zudem, die Synagoge könnte sich zu einem russischen Kulturzentrum entwickeln, in dem religiöse Fragen nur eine untergeordnete Rolle spielen. Der Entwurf wurde von dem Berliner Rabbiner Yitzhak Ehrenberg als religiös angemessen bewertet.

In dem Konflikt stünden nun drei Alternativen zur Disposition, sagte Kramer. Demnach könnten die Baupläne aufgegeben werden, die Landesregierung könnte die Position der Befürworter unterstützen und den Bau nach bisherigen Planungen vorantreiben oder die Baupläne würden zugunsten weiterer Gespräche aufgeschoben. In dem Fall müsse jedoch davon ausgegangen werden, dass vor 2015 nicht mit einer konkreten neuen Initiative zum Bau einer Synagoge in Potsdam zu rechnen sei.

Ob weitere Schlichtungsgespräche zwischen den Befürwortern der Baupläne aus der Jüdischen Gemeinde Potsdam und dem Bauverein sowie den Gegnern aus der 2010 neu gegründeten Synagogengemeinde und dem vor wenigen Wochen neu gegründeten Synagogen-Förderverein folgen sollen, sei noch offen, sagte Kramer. Bei dem Schlichtungsgespräch am Montagabend habe sich immerhin ein neuer "Kommunikationsfaden" zwischen Gegnern und Befürwortern abgezeichnet. (2955/31.05.2011)